

Schüsse an der Grenze: Waren es die „Revanchisten“ aus dem Westen?

Und die DDR-Übersiedler erleben den Alltag zwischen Übergangsheim und Nachschulung

fh. – Gleich zweimal eine große Leserbriefspalte im *Neuen Deutschland* innerhalb einer Woche – das signalisiert wirklich Unruhe und Erregung in der Republik, bzw. den verzweifelten Versuch der Mächtigen, überhaupt noch irgendwie zu argumentieren. Geht es am 22. August um die „Grenzprovokation“ im thüringischen Wahlhausen, so sind die über 20 Beiträge im Dreispalter am 26. August wieder auf die Ausreisebewegung fokussiert. Aber der Reihe nach: Im Eichsfelddörfchen Wahlhausen waren in der Nacht vom 17. auf den 18. August von der anderen Seite des Grenzflusses Werra, also aus dem Westen, Schüsse auf ein Wohnhaus und die alte Kirche abgegeben worden, und dies über einen längeren Zeitraum: „Die Täter feuerten aus einer Waffe ca. 50 Schuss ab und gefährdeten ernsthaft Leben und Gesundheit der Einwohner des Ortes“ (BZ 19.8.1989). Die Empörung ist groß und lautstark: „Da sieht man wieder einmal, wie es um die Friedensliebe der BRD bestellt ist. Es klingt wie ein Hohn, wenn die BRD-Regierung uns immer wieder als ihre Landsleute betitelt“, wird der Rentner Reinhold F. (ND 19.8.1989, dort mit vollem Namen) aus Wahlhausen zitiert.

In der folgenden Woche reihen sich die Berichte, Kommentare, Besuche von Funktionären im Grenzort und tröstende Grüße von Erich Honecker aneinander, um in den Lesermeinungen zu kulminieren, die dies schändliche Tun auf die Unverfrorenheit von „Revanchisten, Extremisten und Neonazis in der BRD“ zurückführen (so Marianne H. aus Berlin, ND 22.8.1989). Was wirklich in Wahlhausen vor 25 Jahren passiert ist, weiß man bis heute nicht ganz genau zu sagen. Ein ausführlicher Bericht der *Thüringer Landeszeitung* vom 18. August 2014 kommt zu dem Fazit, dass es sich um ein Ablenkungsmanöver angesichts der in diesen Tagen anschwellenden Ausreisewelle gehandelt habe: „Das konnte nur die Stasi inszeniert haben“ hätten schon damals viele Wahlhausener gemeint. Auffällig war, dass nur in ein dunkles Wohnzimmer, nicht aber in hell erleuchtete Zimmer im Obergeschoss geschossen worden war – verletzt werden sollte jedenfalls keiner. Auch die angeblichen Treffer in der Kirche waren nach Zeitzeugenberichten eher zweifelhaft.

Vier Tage später ist die inszenierte Empörung der ND-Leser viel abstrakter, denn es geht in dieser Aktion gegen die „Frontberichterstattung“, also die West-Medien und ihre Berichte zur Ausreisewelle aus Ungarn. Wenn Ursula D. ihre Solidaritätsbekundung mit „besten Genesungswünschen“ an Erich Honecker verbindet, ist das schon ein kühner Beleg von Individualität. Horst A. von der Landtechnik Erfurt wendet sich nicht nur gegen den Westen: „Empört bin ich über diejenigen, die jahrelang kostenlos ihre Ausbildung und Qualifizierung bei uns genossen haben und jetzt illegal unsere Republik verlassen. Die organisierten Regieanweisungen der westlichen Medien für den Menschenschmuggel treiben Menschen in ein ungewisses Schicksal.“ (ND 26.8.1989).

Ganz falsch lag der Leserbrief im Staatsauftrag damit freilich nicht. So kündigte das Land Bremen an, Aus- und Übersiedler, von denen wöchentlich 150 in die Hansestadt kämen, wegen Überfüllung der Aufnahmeheim demnächst in Zelten unterbringen zu müssen; Rheinland-Pfalz mietete aus gleichem Grund erste Turnhallen an (SZ 28.8.1989). Freilich, die West-Presse ist in diesen Augusttagen noch voll von Empathie und Interesse für die DDR-Ausreiser. Die *Süddeutsche Zeitung* erzählt die Geschichte von Gina und Thomas aus Magdeburg, die mit ihren kleinen Kindern Fabian (3) und Lore (10 Wochen alt), in den Tagen nach dem Paneuropäischen Picknick gleich mehrere Male vergeblich versuchten, in Ungarn über die Grenze nach Österreich zu kommen und es nicht einmal gemeinsam mit dem Reporter schafften. Doch sie geben nicht auf. Im Budapester Malteser-Lager gibt es neue Tipps und Thomas meint beim Abschied: „Heute fühlen wir uns viel besser als gestern. Die Adresse mit dem Visum, das ist wieder eine Hoffnung“ (22.8.1989). Einen Tag später sind die Nachrichten ähnlich zwiespältig: Einerseits gelingt es an verschiedenen Stellen mehreren Hundert Menschen nach

Österreich überzuwechseln, andererseits kommt ein Familienvater aus Weimar in einem Handgemenge durch einen ungarischen Soldaten zu Tode. Und an der innerdeutschen Grenze klettert ein junger Handwerker mit einer Leiter über die Grenzsperrn (SZ 23.8.1989), während am nächsten Tag schon wieder neue 500 DDR-Bürger in Österreich als Flüchtlinge registriert werden (SZ 24.8.1989).

Beispiele für die erste Aufnahme der Flüchtlinge im Westen kommen aus Nürnberg. Dorthin waren ein größerer Teil der Picknick-Flüchtlinge vom 19.8. und nun auch über 100 Personen aus der Budapester Botschaft der Bundesrepublik transportiert worden. Mit drei Omnibussen kommen sie am späten Mittag an, „fast nur Jugendliche und junge Familien, mit Kleinkindern und kleinem Gepäck“. Im Übergangwohnheim verspricht ihnen Staatssekretärin Stamm vom bayerischen Sozialministerium eine rasche Integration: Nur 20 von 163 Flüchtlingen aus der letzten Woche würden noch im Wohnheim sein, alle anderen hätten bereits neue Unterkünfte und oft auch Arbeit gefunden. „Der Eingang zu dem Übergangwohnheim in der Nürnberger Emilienstraße ist vollgeklebt mit Angeboten von größeren Firmen und kleinen Handwerksbetrieben, die dringend Arbeitskräfte suchen und teilweise gleich die Wohnung dazu offerieren.“ (SZ 25.8.1989).

Der Chef der auch in Nürnberg ansässigen Bundesanstalt für Arbeit, Heinrich Franke, bestätigt das: Trotz der ja nicht gerade niedrigen Zahl von über 2,0 Mio. Erwerbslosen im Bundesgebiet seien die DDR-Übersiedler eine Bereicherung des Arbeitsmarkts. Vor allem im Handwerk, in der Bauwirtschaft und in der Hotel- und Gaststättenbranche suche man händeringend Fachkräfte. Aber Franke warnt auch vor „Euphorie. Anlauf- und Umstellungsschwierigkeiten, die sich in einer ‚neuen Welt‘ auftun, müssen erst überwunden werden. Das gilt auch für Arbeit und Beruf.“ Immerhin 26.000 Übersiedler und mehr als 90.000 der deutschstämmigen Aussiedler, die zur gleichen Zeit in wachsender Zahl aus Polen in die Bundesrepublik kommen, waren Ende Juli 1989 arbeitslos gemeldet, räumte Franke ein. Und ein paralleler Artikel auf der gleichen Seite der SZ ergänzt: Zwar interessierten sich viele Arbeitgeber für die Übersiedler, oft müssten sie aber noch einmal die Schulbank drücken, denn „bei Fachkräften aus kaufmännischen Berufen oder aus der Metallindustrie [bestehe] großer Nachschulungsbedarf [...], weil die DDR vor allem technisch hinter der Arbeitswirklichkeit in der Bundesrepublik herhinkt.“ (SZ 25.8.1989). Welche Lücke diese begehrten Arbeitskräfte wohl in der DDR hinterlassen? Auch darüber informiert SZ-Reporter Albrecht Hinze: Eigentlich könnte man vermuten, der Aderlass an Übersiedlern wäre eine „Entspannung auf dem realsozialistischen ‚Arbeitsmarkt‘“, schließlich herrsche dort normalerweise eher Überbeschäftigung bei geringer Arbeitsproduktivität. Aber „wenn eine ganze Großstadt auswandert“, ist die Katastrophe nah: etwa durch den „Weggang von Ärzten, Krankenschwestern und Krankenpflegern“ (SZ 26./27.8.1989).

Und was gab es sonst Wichtiges? Großes Bonner Sommertheater: Kanzler Kohl streitet seit Wochen mit Generalsekretär Geißler – bis er ihn feuert und einen Nachfolger präsentiert. Wird ihm jetzt Rita Süßmuth den Parteivorsitz streitig machen? Viel wichtiger aber ist die Premiere eines uns heute im Alltag ganz unverzichtbaren Utensils: die PPP-Flasche, oder schlicht: Plastikflasche für Mineralwasser, Säfte, Softdrinks usw. Umweltminister Töpfer hatte sie, als sie vor Jahresfrist als Einwegflasche eingeführt werden sollte, mit einem gewaltigen Zwangspfand (50 Pfennig!) verhindert. Jetzt soll sie als Mehrwegflasche kommen. (SZ 25.8.1989) – Die Wessis haben wieder einmal Sorgen!

Aber auch in der DDR wagt man Innovationen: Ab dem 1. September kommt mit „ELF 99“ ein Jugendprogramm ins Fernsehen, das sogar ein „funkelnagelneues Studio mit moderner Technik“ erhalten hat, wie das ND stolz verkündet. Ein Mix aus dem, „was junge Leute bewegt“, soll gebracht werden. Na, warten wir es einmal ab. (23.8.1989). Und mit einem riesigen Solidaritätsbasar locken die Journalisten der DDR-Metropole in der letzten Augustwoche 200.000 Menschen auf den Alexanderplatz. Es wird nicht der letzte Massenauflauf auf dem Alex im Jahr 1989 gewesen sein.

Quelle:

<http://zefys.staatsbibliothek-berlin.de/ddr-presse/>; Süddeutsche Zeitung (Mikrofilm, UB Bochum);